

Berliner Morgenpost – 03.05.2013

Historische Mitte: CDU setzt Koalitionspartner unter Druck

"Historische Mitte Berlins zum lebendigen Stadtraum entwickeln" nennt sich die Beschlussvorlage an das Abgeordnetenhaus. Doch im Detail geht es in dem Antrag vor allem um eins: die in dieser Frage noch völlig zerstrittene SPD zu einer verbindlichen Terminplanung zu zwingen. Gleich im ersten Absatz des Antrags heißt es: "Der Senat wird aufgefordert, die verfahrensmäßigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, bis zum Jahr 2016 verbindliche planerische Rahmenbedingungen für eine neue Gestaltung und Entwicklung" im Bereich des heutigen "Rathausforums" herzustellen.

Hintergrund des Antrags ist der Vorstoß des SPD-Landesparteičhfs Jan Stöß, durch die Wiederherstellung von Straßen und Plätzen zwischen Alexanderplatz und Schloßplatz ein Wohnquartier zu schaffen und dies zum Thema der Internationalen Bauausstellung (IBA) 2020 zu machen. Dieser Antrag entspricht zwar den Zielen, die auch die Stadtentwicklungsexperten der CDU bereits vor einem Jahr formuliert haben. Die Pläne von Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD) und seiner Senatsbaudirektorin Regula Lüscher sehen dies jedoch nicht vor. "Der Vorstoß von Stöß hat wieder Dynamik in die Diskussion gebracht", sagte Stefan Evers, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der CDU. Es gelte jetzt, einen Beschluss über den künftigen Fahrplan herbeizuführen.

Konkret sieht der Antrag vor, das laufende Jahr für Gespräche mit allen gesellschaftlichen Gruppen, die an diesem Thema interessiert sind, zu führen. Bis zum zweiten Halbjahr 2014 sollten dann die Leitlinien und inhaltlichen Vorgaben für einen städtebaulichen Wettbewerb im historischen Stadtkern münden. Dieser könnte dann 2015 stattfinden. "2016, und damit noch in dieser Legislaturperiode, soll der Umgang mit diesem Areal dann einer politischen Entscheidung zugeführt werden", so Evers.

Ziel solle sein, unmittelbar nach Abschluss der Bauarbeiten an der U-Bahn-Linie 5 mit der Umsetzung der planerischen Vorgaben zu beginnen. "Was wir an diesem wichtigen Ort nicht brauchen können, ist eine neue Zwischennutzung", betonte Stefan Evers. Er hoffe, dass die SPD sich dem Antrag seiner Partei anschließen werde. Die Auffassung von Teilen der SPD, die Frage der Gestaltung der historischen Mitte noch weiter aufzuschieben, halte die Hauptstadtunion für einen "großen Fehler".

Quelle:ij